

# Lichtenstein-Callumberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Nikola, Stangendorf, Tharm, Niedermüllen, Kubichnappel und Lirichheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königl. Amtsgerichtsbezirk

Nr. 225.

Preis pro Stück 10 Pfennige

Freitag, den 28. September

Telegraphische Adressen: 1906.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwischauerstraße 297, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für answärtige Inseraten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseratenannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

## Bekanntmachung.

Die Zahlungspflichtigen werden hierdurch daran erinnert, daß am 29. September der 1. Termin Landrenten, bez. Landeskulturrenten und am 1. Oktober der 2. Termin Einkommensteuer, Ergänzungssteuer und Brandversicherungsbeitrag fällig ist.

Lichtenstein, am 27. September 1906.

Der Stadtrat.

St. C. Net, Bürgermeister.

Ergr.

## Stadtparkasse Callumberg

verzinst alle Einlagen mit

3 1/2 %

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bewirkten Spareinlagen werden für den vollen Monat verzinst.

Die Kasse expediert an jedem Werktag von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags und behandelt alle Geschäfte streng geheim.

## Das Wichtigste.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen bewilligt 1 Million Mark jährlichen Mehrumsatz zur Lohnaufbeijerung für die gesamte Arbeiterkraft.

Der braunschweigische Regent hat sich begab sich zur Übermittlung der Landtagsresolution zum Reichskanzler Fürst v. Bälou nach Romberg.

Der im russischen Regierungsbezirk Wjatka zum Ausdruck gelangene agrarische Unmut hat sich weiter ausgedehnt und der Kreis Ralmlych ergriffen.

Präsident Palma und die kubanische Regierung haben die Friedensbedingungen und beriefen zum Donnerstag den Kongress, um über die Frage des Rücktritts zu entscheiden.

## Zur Frage der Fleischpreise.

Die fortwährende Steigerung der Fleischpreise, wie wir schon neulich ausführten, halbamtlich mit dem Anwaschen des Fleischverbrauches erklärt worden. Daß der Fleischverbrauch im allgemeinen gegen früher erheblich gestiegen ist, kann allerdings nicht bestritten werden. Namentlich die sächsische Statistik gibt hierüber bemerkenswerte Aufschlüsse. Nach dieser Statistik betrug der jährliche Verbrauch an Rind- und Schweinefleisch auf den Kopf der Bevölkerung im Jahrzehnt 1875 bis 1884 29,8 kg, im Jahrzehnt 1885 bis 1894 34,6 kg, 1895 bis 1899 40,6 kg, 1900 bis 1904 40,9 kg. In der letzten Vergangenheit aber scheint das Anwaschen des Fleischverbrauches zum Stillstand gekommen zu sein. Denn für das erste Vierteljahr 1906 bezeichnet die amtliche Schlachtvieh- und Fleischbeschau nur betreffs der Bullen, Kühe und Kälber eine größere Anzahl beschauter Tiere, als im letzten Vierteljahr 1905 zur amtlichen Fleischbeschau gelangten; dagegen wurden an Ochsen, Jungreindern (über drei Monate alt), Schweinen, Schafen, Ziegen und Hasen weniger Tiere beschaut als im letzten Vierteljahr 1905.

Diese Tatsache fällt für die Gestaltung der Fleischpreise um so mehr ins Gewicht, als Deutschland, wie auch A. Wirminghaus in der sechsten erschienenen zweiten Auflage des Wörterbuches der Volkswirtschaft betont, in der Hauptsache auf den eigenen Viehstand angewiesen ist. Den Einfluß, den die Zunahme des heimischen Verbrauches auf die Fleischpreise in Deutschland ausübt, verkennt Wirminghaus nicht. Zugleich jedoch nennt er die Einschränkung der auswärtigen Zufuhren aus sanitär-polizeilichen Gründen, sowie die Zollschutz als Faktoren, die zu einer steigenden Bewegung der Fleischpreise geführt haben. Daß die Zunahme des Fleischverbrauches allein steigende Fleischpreise nicht zur Folge haben muß, veranschaulicht das ebenfalls von Wirminghaus herangezogene Beispiel Englands. Es betragen nämlich in London die Durchschnittspreise für ein Kilogramm Rindfleisch in den Jahren 1871 bis 1880 131 Pf., 1881 bis 1890 112 Pf., 1891 bis 1900 100 Pf., 1901 bis 1904 110 Pf. In denselben Jahren kostete in London ein Kilogramm Schweinefleisch 124, dann 108, dann 100, dann 106 Pf. Diese im ganzen wesentlich niedrigeren englischen Preise, die trotz der Verbrauchszunahme konstant geblieben sind, erklären sich, abgesehen von der

Polstfreiheit, in erster Linie dadurch, daß England zur Deckung seines Bedarfs die reiche Fleischproduktion Amerikas und Australiens in steigendem Maße heranzieht.

Nach der englischen Handelsstatistik wuchs die Fleischzufuhr von 22,4 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1892 auf 37,1 Millionen im Jahre 1904; die Einfuhr lebenden Viehes betrug in diesen Jahren 9,4 bzw. 10,3 Millionen Pfund Sterling. Da Deutschland, wie gesagt, in der Hauptsache auf den eigenen Viehbestand angewiesen ist, gehört es zu den wichtigsten Aufgaben, die deutsche Fleischproduktion zu steigern und den Fleischverkauf an die große Masse nach Möglichkeit zu verbilligen. Die Regierungen der thüringischen Staaten wollen, wie wir schon meldeten, gemeinsam den Reichskanzler um Öffnung der Grenzen zur Verringerung der Fleischnot ersuchen. — Eine große Versammlung der Fleischherren zu Leipzig verlangte ebenfalls wegen der hohen Fleischpreise in einer Resolution die Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh und Aufhebung der sächsischen Schlachtsteuer. Durch die fortgesetzte Erhöhung der Einkaufspreise würden auch unabweislich die Verkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren weiter erhöht.

## Deutsches Reich.

Dresden. (Keine Kartell-Verhandlungen.) Die „Tsch. Tz. Ztg.“ läßt sich von unterrichteter Seite versichern, daß Verhandlungen oder Besprechungen über ein allgemeines Kartell für die nächsten Reichstagswahlen zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen überhaupt nicht stattgefunden haben. Es bestche auch in den maßgebenden Kreisen der konservativen Partei keine Neigung, solche Verhandlungen anzugehen. Ein allgemeines Kartell werde sicher nicht abgeschlossen werden. — Wir sind gespannt, wie sich zu dieser Nachricht die „Leipz. N. N.“ stellen werden, deren Gewächsmann ja sogar die an den angebl. Verhandlungen beteiligten Persönlichkeiten zu wissen vorgab. Ob das genannte Blatt der Aufforderung der „Tsch. Tz.“, endlich die Namen der Beteiligten zu nennen, nun noch nachkommen kann?

Berlin. (Prinz Heinrich) übernahm am Mittwoch in Kiel in Anwesenheit der Admirale und Kapitäne das Kommando der aktiven Schlachtflotte.

(Das Briefgeheimnis und die Reichspost.) Bei der am Geburtstag des Herzogs von Cumberland veranstalteten Feier hat, wie bereits gemeldet, der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Hohenberg die Behauptung aufgestellt, es seien nach ihm gewordenen authentischen Mitteilungen fortgesetzt Briefe maßgebender weißer Persönlichkeiten unter Verletzung des Briefgeheimnisses beschlagnahmt worden. Die kaiserliche Ober-Postdirektion Hannover hat nunmehr, wie uns ein Telegramm meldet, durch den Staatssekretär des Reichspostamtes ein Ermittlungs-Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft gegen den angebl. Gewächsmann des Freiherrn von Hohenberg beantragt.

(Erzberger wird offiziell demontiert.) Auf eine Anfrage des Antwerpener Korrespondenten des „Berl. Tz.“ bei der Kongoregierung bezüglich der Subventionierung zweier Berliner Blätter durch sie, erklärte die Kongoregierung, daß

die Meldung vollkommen unwahr sei. Was sagt nun Herr Erzberger?

(Eisenbahnfragen.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Die Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz glaubt mitteilen zu können, daß der Weiterbau der Eisenbahn Lüderitz — Rubub bis Keetmanshoop von den Firmen A. Koppel und Hermann Bachstein auf eigene Kosten und ohne finanzielle Beanspruchung des Reiches in Angriff genommen werden soll. Gegenüber dieser Angabe verweisen wir auf unsere Feststellung in der Nummer vom 2. d. M., wonach dem Obersten Deimling durch den Generalstab in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler telegraphisch eröffnet wurde, daß das Material für den Weiterbau der Bahn ohne Bewilligung der Mittel durch den Bundesrat und Reichstag nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Wir können dieser Meldung hinzufügen, daß sich seitdem an der Sachlage nichts geändert hat, insbesondere ist die Meldung unrichtig, daß die beiden Firmen bereits Erlaubnis zur Fortführung des Bahnbaues erwirkt hätten.

(Heimkehr aus Südwestafrika.) Der Postdampfer „Bertrud Wörmann“ ist mit 600 Kriegern an Bord, von Swalopmund kommend, in Cuxhaven eingetroffen.

(Aus Kamerun. Anstelle des gegenwärtig die Gouvernementsgeschäfte in Kamerun führenden Oberst Müller ist zum stellvertretenden Gouverneur von Kamerun der Hauptmann F. W. Langheld, der früher in sächsischen Diensten stand, ernannt worden. Langheld ist ein tüchtiger Kenner der afrikanischen Verhältnisse.

(Vom sozialdemokratischen Parteitag.) Abg. Debel hielt am Mittwoch sein Referat über den politischen Massenstreik. Der Kernpunkt seiner Ausführungen liegt im folgenden Satze: Im Namen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission kann ich erklären, daß wir auf dem Boden stehen: gegenstandslos ist der Massenstreik eine Notwendigkeit. Wir betrachten ihn als die ultima ratio, als ein Kampfmittel, das vor allem Kraft, Energie und Disziplin erfordert. In Augenblick aber, wo unsere Organisationen noch nicht stark genug sind, können wir einen Massenstreik nicht riskieren. Der holländische Sozialist Nieuwenhuis hat einen allgemeinen Streik bei Ausbruch eines Krieges empfohlen, um den Frieden zu erzwingen. Das ist ein ganz kindlicher Gedanke. Bei Ausbruch eines Krieges sind die Massen in zuckender Erregung, in fieberhafter Aufregung und denken gar nicht an einen Massenstreik. In einem solchen Augenblick einen Massenstreik zu proklamieren, wäre kopflos und geradezu unverantwortlich gehandelt. Wollten wir einen solchen Massenstreik in diesem Falle, so würde ich es selbstverständlich ganz unbedenklich finden, wenn man gegen uns Nachsicht üben würde. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, meine Resolution anzunehmen und alle anderen abzulehnen. Es ist das der gangbarste Weg, auf dem wir schließlich zum Ziele gelangen werden. — Der zweite Referent Gewerkschaftsführer Abg. Legien legte dem Parteitag folgende Resolution vor: „Der Parteitag bestätigt den Jenerseher Beschluß bezüglich des politischen Massenstreiks, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses zu derselben Frage nicht im Widerspruch steht.“